

# Sommerserie Schulreform (1)

## Heute: Ab nächster Woche dauert die Primarschule 6 Jahre

Aargauer Z. 5.8.14

# Was vom «Kleeblatt» übrig blieb

**Bildungspolitik** Die Vorgeschichte zur neuen Aargauer Schulstruktur verlief nicht ohne Rumpler. Die Stichworte: Bildungsrahmenartikel, Harnos-Konkordat, Bildungskleeblatt, Stärkung der Volksschule Aargau.

VON HANS FAHRLÄNDER

Dass die Primarschule im Aargau ab jetzt sechs Jahre dauert und die Oberstufe drei Jahre, entsprang nicht einem Bedürfnis im Innern, sondern Anpassungsdruck von aussen. Vor rund einem Jahrzehnt begann die Geschichte einer harmonisierten «Schule Schweiz». Bereits damals kannten 22 Kantone und Halbkantone das Modell 6/3. Abweichler waren nur noch der Aargau, das Tessin und die beiden Basel. Ab jetzt bleibt das Tessin mit amtlich bewilligter Ausnahmeregel die 5/4-Insel. Der Weg, der zum Wechsel im Aargau geführt hat, verlief recht kompliziert und mit Umwegen.

### 1. Ein neuer Verfassungsartikel über das Schulwesen

Im Mai 2006 nahmen das Schweizer- und auch das Aargauervolk an der Urne mit Ja-Mehrheiten von über 80 Prozent einen neuen Bundesverfassungsartikel 62 über das Schulwesen an. Absatz 4 lautet: «Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung des Schulwesens im Bereich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der

Anerkennung von Abschlüssen zustande, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.» Damit wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesstaates die Schulhoheit der Kantone in wichtigen Eckpunkten eingeschränkt. Die Hürden, welche den Schulwechsel in einen anderen Kanton erschwerten, sollten abgebaut werden. «Vater» des neuen Artikels war der ehemalige Aargauer Nationalrat Hans Zbinden. Im zweiten Anlauf

### «Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung zustande, so erlässt der Bund Vorschriften.»

Artikel 62 der Bundesverfassung

hatte er mit einer parlamentarischen Initiative, die er 1997 einreichte, Erfolg.

### 2. Die Antwort der Kantone: Das Harnos-Konkordat

Die Kantone waren also zur Harmonisierung aufgefordert - sonst drohte der «Bundesvogt». Sie hatten dazu knapp zehn Jahre Zeit: Der Bundesrat setzte den Zeitpunkt seines Eventualeingriffs auf 2015 fest. Unter Führung der Konferenz der kantonalen Erzie-

hungsdirektoren (EDK) entstand das Konkordat «Harmonisierung der obligatorischen Schule» (Harnos). Es sollte das lockere Schulkonkordat aus dem Jahr 1970 ersetzen und dem Verfassungsartikel 62 Genüge tun. Es postulierte Einheitlichkeit in strukturellen Fragen (zum Beispiel Länge der Schulstufen), aber auch in inhaltlichen (zum Beispiel gemeinsame Lernziele) und in schulorganisatorischen (zum Beispiel Tagesstrukturen). Bis 2009 erklärten 15 Kantone ihren Beitritt zum Konkordat, sieben lehnten ihn ab, vier verzichteten bis heute auf eine Behandlung, nämlich der Aargau, Schwyz, Obwalden und Appenzell Innerrhoden. Die 15 Zusagen genügten zwar, um Harnos definitiv zu beschliessen. Sie genügten aber nicht, um den Inhalt für alle Kantone als verpflichtend zu erklären. Die Schweiz wartet auf eine Klärung des Bundesrates im Jahr 2015.

### 3. Die Antwort des Aargaus: Das Bildungskleeblatt

Unter Führung des energischen CVP-Bildungsdirektors Rainer Huber entstand im Aargau ab 2005 (also bereits vor dem Verfassungsartikel und Harnos) eine umfassende Schulreformvorlage, genannt Bildungsklee-



Die Kinder sollen von der Änderung in der Schulstruktur nicht viel merken, es ist vor allem

blatt. Es sollte ein Glückskleeblatt werden, denn es hatte vier Blätter: Es sollte eine neue Eingangsstufe für den sanfteren Übergang zwischen Kindergarten und Schule entstehen. Alle Gemeinden sollten zum Anbieten von Tagesstrukturen verpflichtet werden. Besonders belastete Schulen sollten in den Genuss zusätzlicher Mittel in Form eines «Sozialindex» gelangen. Und die Schulstruktur sollte dem schweizerischen Mehrheitsmodell 6/3 angepasst werden. Doch das Kleeblatt brachte Rainer Huber kein Glück: Im Februar 2009 wurde er vom Volk abgewählt, im Mai 2009 wurden sämtliche Kleeblätter an der Urne abgelehnt, mit Nein-Mehrheiten zwischen 65 und 52 Prozent. Das Fuder war überladen, der Sprung in die Schulzukunft zu gross.

### 4. Das abgespeckte Kleeblatt: «Stärkung der Volksschule»

Der neue SVP-Bildungsdirektor Alex Hürzeler stand damit wenige Monate nach seinem Amtsantritt vor dem Nichts. Als Erstes entschied er: Das Harnos-Konkordat bleibt in der Schublade. Denn eine Beitritts-Diskussion wäre nach der Kleeblatt-Abfuhr wohl als Zwängerei empfunden worden. Doch ohne Erfüllung zentraler Harnos-Punkte drohte dem Aargau 2015 der Zwangseingriff des Bundes. Hürzeler präsentierte deshalb 2010, ein knappes Jahr nach dem Kleeblatt-Nein, eine mehrteilige Vorlage mit dem Titel «Stärkung der Volksschule Aargau». Sie war im Prinzip ein «Kleeblatt light», denn mehrere Anliegen wurden in abgeschwächter Form wieder aufgenom-

## Neue Übergänge, Fachlehrer, Lehrpläne, Lehrmittel:

**Volksschule** Etwas Vergleichbares wie diese «Züglete» eines Oberstufenjahrs auf die Primarstufe hat die Schule Aargau noch nie erlebt. Entsprechend intensiv waren die zweijährigen Vorbereitungen.

VON HANS FAHRLÄNDER

Viele Punkte der Schulreform stellen vorab die Gemeinden und Schulen vor grosse Herausforderungen. Insbesondere die Bereitstellung von zusätzlichem Primarschulraum bereitete einigen Gemeinden Probleme. Hier folgt eine unvollständige Auflistung von Punkten, welche zentral vom Bildungsdepartement aus gesteuert wurden.

### Oberstufe: Übergangsregime

Die Umstellung auf die «neue» Oberstufe kann nicht auf einen Schlag bewerkstelligt werden - es braucht ein dreijähriges Übergangsregime:

- Im Schuljahr 2014/15 gibt es die Oberstufenklassen 2 bis 4 nach altem System und keine 1. Klasse.
- Im Schuljahr 2015/16 gibt es eine 1. Klasse nach neuem System, keine 2. Klasse sowie eine 3. und 4. Klasse nach altem System.
- Im Schuljahr 2016/17 gibt es eine 1. und 2. Klasse nach neuem System, keine 3. Klasse und eine 4. Klasse nach altem System.
- Mit dem Schuljahr 2017/18 ist die Umstellung abgeschlossen: 1. bis 3. Klasse nach neuem System, keine 4. Klasse mehr.

Was ziemlich kompliziert tönt, soll nach Auskunft von Christian Aeberli,

Chef der Abteilung Volksschule im Bildungsdepartement, die Jugendlichen nicht stören: «Es ist vor allem eine Herausforderung für die Administration.»

### Arbeitslose Oberstufenlehrer

«Wie viele Lehrkräfte genau von der Umstellung betroffen sind, wissen wir erst mit dem ersten Lohnlauf Ende August», sagt Aeberli. Rein rechnerisch wird ein Viertel der Oberstufenlehrer arbeitslos. Fluktuation und Pensionierungswelle reduzieren diese Zahl aber schon mal beträchtlich. Ein Teil von ihnen wechselt auf die Primarstufe (die ja mehr Lehrer braucht), eine Minderheit davon als Klassenlehrer, eine Mehrheit als Fachlehrer, vornehmlich für Französisch. Die Anlaufstelle für Oberstufenlehrer (AFO) hat bis heute 41 Lehrpersonen beraten und unterstützt. Darunter war ein einziger Antrag zur vor-

zeitigen Pensionierung, der vom Regierungsrat entschieden werden muss.

### Unterschiedlich oft neue Lehrer

Wie die neue sechsjährige Primarstufe unterteilt wird, das heisst, wie oft die Kinder eine neue Lehrerin bekommen, liegt in der Kompetenz der Schulen beziehungsweise Gemeinden. Die meisten haben die Struktur 3/3 gewählt: drei

### «Es ist ja nicht so, dass wir mit der 6. Klasse Pionierarbeit leisten – wir sind die Zweitletzten im Land.»

Christian Aeberli, Chef Volksschulamt

Jahre Unterstufe, danach Lehrerwechsel und drei Jahre Mittelstufe. Es ist aber auch das Modell 2/2/2 mit Lehrerwechsel nach der 2. und 4. Klasse mög-

lich. Es gibt am nächsten Montag nicht lauter neue Sechstklasslehrer. Oft führen jene Lehrpersonen, die Anfang Juli eine 5. Klasse beendet haben, dieselben Kinder in die erstmalige 6. Klasse.

### «Geschenkt» zu Frühfranzösisch

Das Fremdsprachenregime der Erziehungsdirektorenkonferenz schreibt zwei Primarschulfremdsprachen vor: eine ab der 3. und eine ab der 5. Klasse. Der Aargau hat Englisch ab der 3. Klasse eingeführt, die zweite Fremdsprache hatte er bis jetzt nicht. Nun kommt er quasi «geschenkt» zu Primarschul-Französisch: Der Start rutscht von der ersten Oberstufen- auf die letzte Primarklasse. Damit ist das EDK-Ziel (5. Klasse) aber noch nicht erreicht. Christian Aeberli: «Ein Start in der 5. Klasse wäre einerseits sinnvoll, denn für zwei Primar-Jahre kann man leicht

Aargauer 2.5.8.14



eine Herausforderung für die Administration.

GAETAN BALLY/KEYSTONE

men: Der zweijährige Kindergarten sollte obligatorisch werden, auch die Unterstützung für belastete Schulen kam wieder, aber mit kleineren Summen - und eben die Strukturreform 6/3. (Die Tagesstrukturen waren inzwischen ins Gesundheits- und Sozialdepartement transferiert worden. Dort erlitten sie bereits einmal Schiffbruch im Grossen Rat, ein zweiter Anlauf verheisst ebenfalls nichts Gutes.)

#### 5. Die SVP zieht ihre Initiative zurück und sagt knurrend Ja

Die Debatte verlief ganz anders als beim Kleeblatt, nämlich weitgehend störungsfrei. Auch die SVP verzichtete, allerdings erst kurz vor der Parlamentsdebatte, auf Fundamentalopposition. In der Schlussphase der Kleeblatt-

Schlacht hatte sie eine eigene Initiative «Für die Stärkung der Schule Aargau» lanciert und ohne Mühe zustande gebracht. Als Gegenvorschlag zum Kleeblatt kam sie zu spät - und als Gegenvorschlag zur Hürzeler-Vorlage kam sie auch nicht: Das Initiativ-Komitee zog sie vor der Volksabstimmung zurück. So stiess das Reformpaket «Stärkung der Volksschule» am 11. März 2012 auf breite Zustimmung. Die Änderungen des Schulgesetzes wurden mit 78,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen, die Verfassungsänderung für das zweijährige Kindergarten-Obligatorium mit 79,8 Prozent. Dieses Obligatorium trat, zusammen mit einigen anderen Punkten, vor einem Jahr in Kraft, die Strukturreform 6/3 folgt, zusammen mit drei weiteren Punkten, jetzt.

## Was alles ändert

ter Lehr-Pensen und Lehrmittel zusammenstellen als nur für eines. Andererseits ist dieses Vorziehen, das auch wieder Geld kostet, in der Spardebatte unter Druck geraten. Wir wissen heute nicht, ob und wann die Reform kommt.»

#### Sechstklass-Lehrplan

«Alles bereit», meldet Christian Aeberli. «Es ist ja nicht so, dass wir mit der 6. Klasse Pionierarbeit leisten, wir sind vielmehr der zweitletzte Kanton, der sie einführt. Entsprechend können wir von anderen Kantonen und ihren Sechstklass-Lehrplänen profitieren.» Am ehesten vergleichbar ist der neue Lehrplan mit jenem der bisherigen 1. Sekundarklasse. Noch nicht in der Gussform erstarrt ist der Französisch-Plan - Begründung siehe oben: Man weiss nicht, wann das Vorziehen auf die 5. Klasse erfolgt.

#### Sechstklass-Lehrmittel

«Alles bereit» auch hier - mit derselben Begründung wie beim Lehrplan: Es gibt die Sechstklass-Lehrmittel längst in der Schweiz. Aeberli: «Wir haben bei diesem Thema im Rahmen des Bildungsraums Nordwestschweiz eng mit den beiden Basel zusammengespant, die ja die Strukturreform ebenfalls bewältigen mussten.»

#### Lehrer-Weiterbildung

Die Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz hat eine breite Weiterbildungspalette für Lehrpersonen angeboten. «Sie wurde primär von Primarlehrkräften genutzt, die sich in die Sechstklassmethodik und -didaktik einführen liessen», sagt Christian Aeberli. «Es gab in den Kursen auch Oberstufenlehrer, die auf die Primarstufe wechseln, aber weniger als geplant.»

### Nachgefragt

## Rainer Huber: «Das, was politisch möglich ist»

**Rainer Huber, was empfinden Sie angesichts der Einführung des neuen Strukturmodells an der Volksschule Aargau? Genugtuung, weil Sie dieses Modell vor bald zehn Jahren angestossen haben? Enttäuschung, weil nicht mehr Reformen möglich waren?**

**Alt-Regierungsrat Rainer Huber:** Ich möchte meinem Nachfolger Alex Hürzeler ausdrücklich dazu gratulieren, dass er mit dem Paket «Stärkung der Volksschule» das durchgebracht hat, was in diesem Kanton zurzeit politisch möglich ist. Die strukturelle Anpassung an den Rest des Landes war unumgänglich, Schulföderalismus ist teuer und unnötig.

**Sie strebten allerdings eine weitergehende Oberstufenreform an. So stellten Sie auch die starre Unterteilung in drei Leistungszüge - Bezirks- Sekundar- und Realschule - zur Disposition, weil diese dem differenzierten Leistungsvermögen der Jugendlichen nicht Rechnung trage.**

Die Frage, wie weit eine solch «harte» Schnittstelle, eine fixe Zuteilung nach der Primarschule im Interesse der Jugendlichen ist, stellt sich mir immer noch. Andere Länder haben hier andere Lösungen gefunden, sie haben die harte Schnittstelle abgeschafft, haben zum Teil auch die fixe Jahr-

gangs-Aufteilung aufgeweicht. Aber ich wiederhole mich: Im Aargau wird jetzt das gemacht, was politisch möglich ist. Für weitergehende Reformen ist die Zeit offenbar noch nicht reif.

**Nachdem jetzt dieser Reformschritt geschafft ist: Empfehlen Sie dem Aargau weitergehende Harmonisierungsschritte - Stichwort Harmos-Konkordat?**

Es wäre schön, wenn der Aargau mit einem Beitritt zum Harmos-Konkordat einen weiteren Schritt wagen würde. Es wäre ein konsequenter Schritt. Denn auch das Aargauervolk hat im Mai 2006 dem neuen Bundesverfassungsartikel, welcher die Harmonisierung der Schule Schweiz verlangt, mit überwältigendem Mehr zugestimmt. (FA)

Rainer Huber (CVP) war von 2001 bis 2009 Regierungsrat und Bildungsdirektor. Er ist Vater des vom Volk im Mai 2009 verworfenen Bildungskleeblatts.



Rainer Huber. ZVG

#### WERDEN EBENFALLS JETZT EINGEFÜHRT:

#### Spezialklassen für mehr Disziplin

Für Schülerinnen und Schüler mit massiven disziplinarischen Problemen sollen an vier Orten im Kanton sogenannte regionale Spezialklassen geführt werden. Sie sind sozusagen «Rückzugsort» und «letzte Chance»: Sie bieten diesen Jugendlichen während maximal sechs Monaten Gelegenheit, wieder Fuss zu fassen und damit in der Volksschule zu verbleiben. Bereits seit dem Schuljahr 2011 wird das Konzept im Rahmen eines Schulversuchs in Baden und Wohlen erprobt. Seit dem 1. August sind nun die gesetzlichen Grundlagen dazu in Kraft. (FA)

#### WIRD EBENFALLS JETZT EINGEFÜHRT:

#### Keine Bez unter sechs Abteilungen

Neu wird die Grösse der Bezirksschulstandorte, wie dies bereits bei Sekundar- und Realschulstandorten der Fall ist, gesetzlich festgelegt. Eine minimale Standortgrösse soll sich positiv auf die Funktionsfähigkeit der Schule und damit auch auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auswirken. Die Regelung sieht vor, dass die Bezirksschulstandorte nach Einführung von sechs Jahren Primarschule und drei Jahren Oberstufe mindestens sechs Abteilungen umfassen müssen, wobei eine Übergangsfrist von acht Jahren vorgesehen ist. (FA)